Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftshaltung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 55 **Sonntag den 5. März 1922.** **81. Jahrgang**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Als Eröffnungstermine für die Konferenz von Genua werden neuerdings Ende April oder Mitte Mai genannt.

* Bei einer Besprechung der Finanzminister der Länder herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Grundgehälter der Beamten eine angemessene Erhöhung erfahren sollen.

* Im Reichstage wurde das Reichsmietengesetz mit 202 gegen 168 Stimmen der Rechten sowie eines Teils der Demokraten und des Zentrums angenommen.

* Der zum Tode verurteilte Peter Grupen hat sich im Gefängnis in Hirschberg erhängt.

* Lloyd George verlangte von der Unionistenpartei, sie solle bis zum 8. März erklären, ob sie zu ihm halten will, sonst würde er seine Demission einreichen. Angeblich ist ein Kompromiß vorbereitet.

Dauernde Kontrolle.

Das ganze Denken und Fühlen der Franzosen, soweit Deutschland in Frage kommt, scheint sich in den beiden Worten Kontrolle und Garantien zu erschöpfen. Andere Leute mögen sie noch so sehr auf vernünftigere Gedanken zu bringen suchen, sie kehren immer wieder in den Kreis dieser Zwangsvorstellungen zurück. Nur einmal, als sie vorschnell und vorzeitig Frankfurt a. M. und den Rheingau besetzt hatten, mußten sie sich, weil die Männer an der Themse darüber gar zu viel Lärm schlugen, zum raschen Rückzug entschließen. Im übrigen aber lassen sie sich von der Kammer immer wieder auf den Geist und auf den Buchstaben des Versailler Vertrages in allen seinen Teilen festlegen, und so skrupellos sie zugreifen, wo sie auch nur den geringsten Schein von Recht für sich behaupten können, so schwerhörig stellen sie sich, wenn es darum geht, begangenes Unrecht wieder rückgängig zu machen.

In Düsseldorf, in Mülheim und Ruhrort sitzen sie heute noch, obwohl der Grund ihres Einmarsches längst erledigt ist. Jetzt haben sie es glücklich erreicht, daß die Engländer ihnen für die Wiederaufgabe dieses rechtswidrigen Besitzes Kompensationen anbieten — natürlich auf Kosten Deutschlands. Sie sollen die genannten Städte räumen, dann würde man von Deutschland als Entgelt für dieses „Zugeständnis" die Fortdauer der Luftverkehrskontrolle über die im Friedensvertrage bestimmte Frist hinaus nachsuchen. Selbstverständlich sieht man in London ganz gut voraus, daß keine deutsche Regierung, auch keine sozialistische, in einen solchen Kuhhandel willigen könnte, denn wenn wir der Entente oder, was nachgerade dasselbe zu sein scheint, wenn wir Frankreich ein Recht einräumen sollen, das es sich in Versailles nicht ausbedungen hat, so muß auch uns als Gegenleistung dafür eine Erleichterung geboten werden, auf die wir nach den in Versailles unterschriebenen Verpflichtungen keinen Anspruch haben. Aber wenn uns ein Räuber überfällt, und dafür, daß er uns nur die Börse und nicht zugleich auch den Mantel fortnimmt, noch einen besonderen Schuldschein von uns fordert, so werden wir uns auf ein solches Handelsgeschäft, wenn überhaupt, so doch höchstens mit dem inneren Vorbehalt einlassen, daß seine Rechtmäßigkeit höchstens von einem Forum von Verbrechern behauptet werden könnte. Aber trotzdem, die Engländer scheinen sich um die deutsche Zustimmung zur Verlängerung ihrer Rechtlosigkeit auf dem bezeichneten Gebiete gar keine Sorgen zu machen. Die Franzosen aber, moralinfrei wie sie sind, wollen nicht einmal von dem britischen Vorschlag etwas wissen. Sie sitzen in Düsseldorf, in Ruhrort und Mülheim und behaupten damit im Recht zu sein. Über eine Räumung dieser Städte wollen sie überhaupt nicht diskutieren, und um Gründe für die Verlängerung der Luftschiffahrtskontrolle sind sie natürlich nicht im mindesten in Verlegenheit. Sie fühlen einfach ihre militärische Sicherheit noch nicht genügend gewährleistet — was bedarf es da weiterer Verhandlungen, um eine Kontrolle zu verlängern, die ihnen aus den verschiedensten Gründen sehr gut behagt?

Ein bißchen mehr oder weniger Leichtfertigkeit im Umgang mit der Wahrheit, was Deutschland betrifft, und die Sache ist erledigt. Hat es doch Herr Poincaré soeben fertig gebracht, von einer neuen Artillerie-Schießvorschrift der deutschen Heeresverwaltung zu sprechen, in der der Offensivkrieg in begeisterter Weise gerühmt werde. Diese Artillerie-Schießvorschrift ist in Wahrheit schon vor mehr als zwei Jahren ergangen und hat ganz naturgemäß die Aufgabe, die kleine Truppe, die wir haben, — so klein, daß das soldatengewaltige Frankreich an einem Tage mit ihr fertig werden würde, — auf einen Kampf, wenn es uns etwa von irgend einem niederträchtigen Nachbarn hier oder da einmal aufgenötigt würde, entsprechend vorzubereiten. Von einem Offensivkrieg ist dabei selbstverständlich mit keinem Wort die Rede. Höchstens von einem Offensivgeist, der eben in dem Falle zu betätigen sei, wenn wir von einem raublustigen Feind angegriffen würden. Hätte man uns auch eine solche Verteidigung im äußersten Notfalle — ein anderer kommt ja bei unserer gegenwärtigen Heeresverfassung überhaupt nicht in Betracht — unmöglich machen wollen, so hätten die Weisen von Versailles uns auch das Hunderttausend-Mann-Heer verbieten müssen, wozu sie ja nach unserer „glorreichen" Entwaffnung durchaus in der Lage waren. Aber die paar Divisionen, die man uns gelassen hat, müssen natürlich erzieherisch behandelt werden, wenn sie nicht einen mutlosen Menschenhaufen darstellen sollen, dessen Kostspieligkeit angesichts unserer wirtschaftlichen Lage gar nicht zu verantworten wäre. Das alles weiß Herr Poincaré so gut wie irgend einer. Trotzdem hetzt er mit einer Gewissenlosigkeit, die gar nicht mehr zu überbieten ist, nur um für das arme Frankreich immer wieder neue „Rechte", neue Garantien und Sanktionen in Anspruch nehmen zu können. Und es gibt niemand auf der Welt, der imstande wäre, ihm dieses widerwärtige Handwerk zu legen.

Auch in nichtmilitärischen Fragen wird ein immer weitergehendes Kontrollrecht für die Entente in Anspruch genommen. Haben doch neuerdings die Gemeindeverwaltungen von München und Nürnberg der feindlichen Kontrollkommission ihre Haushaltspläne vorlegen müssen, auf Geheiß der bayerischen Staatsregierung, von der noch keine Äußerung darüber vorliegt, was sie dazu veranlaßt hat, diesem sonderbaren Begehren der Herren von jenseits des Rheins nachzugeben. Noch in Cannes ist für Genua als Programmpunkt vereinbart worden, daß kein Staat das Recht haben solle, sich in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates einzumischen. Deutschland gegenüber scheint eine solche Begrenzung der Machtausübung seiner fremden Bedrücker nicht in Frage zu kommen. Wir sind und sollen rechtlos bleiben, solange und soweit es Herrn Poincaré gefällt. Für ihn ist noch nicht einmal die Frage der Besetzungsdauer des Rheinlandes geklärt. Jeden Tag müssen wir darauf gefaßt sein, daß er sich auf den Standpunkt stellt, diese Besetzung habe überhaupt noch nicht begonnen! Lloyd George hat früher Andeutungen dieses Inhalts mit Bestimmtheit zurückweisen lassen. Was er heute tun würde, wenn die Franzosen in diesem Sinne vorgehen wollten, steht auf einem anderen Blatt. Von dem normalen Ablauf der Dinge werden wir kaum noch eine irgendwie wesentliche Besserung unserer Lage erhoffen dürfen; die Franzosen scheinen es darauf anzulegen, Katastrophengedanken in Deutschland zu fördern. Sie wissen wohl warum.

Der Dollar 251½!

Die neue Markentwertung dauert an.

In stürmischer Weise setzt sich der vor einigen Tagen begonnene Marksturz fort. Die Industrie und der Großhandel sollen starke Ankäufe in Dollar machen und dadurch das Anziehen des Kurses beeinflussen.

An der Berliner Freitagbörse setzte der Dollar morgens mit etwa 243 ein, um dann aber von Stunde zu Stunde in die Höhe zu gehen. Später kam, da für Newyork ein Kurs von 251¾ gemeldet wurde, die Notierung auf 251½. Bei starker Nachfrage schloß der Markt zu höchsten Kursen.

Mit dem Dollar stiegen auch die übrigen ausländischen Zahlungsmittel. Die inländischen Effekten profitierten ebenfalls bei dem Marksturz, wenn auch nicht so stark. Eigentlich faßbare Gründe für die Markentwertung liegen nicht vor, außer den allgemein-politischen Gesichtspunkten.

Es will nicht vorwärts!

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 3. März.

Während der kurzen Zufallsferien, die dem Reichstage in der vergangenen Woche beschieden waren, richteten sich die Augen aller politisch Interessierten erwartungsvoll auf den heutigen Freitag, für den der Kanzler Besprechungen mit den Regierungsparteien und der Volkspartei über die endgültige Annahme des Steuerkompromisses in Aussicht gestellt hatte. Aber der Tag erschien und verging, ohne daß auch nur eine Einladung zu solchen Beratungen in die Hände der Parteiführer gelangt wäre. Man vermutet nur, daß am Montag nachgeholt werden soll, was wieder versäumt wurde, aber auch das ist fraglich, denn noch ist man sich auch innerhalb der Regierungskoalition nicht über bestimmte Einzelheiten einig. Vor allen Dingen weiß man noch nicht, nach welchem Schlüssel die Zwangsanleihe veranlagt werden soll. Die Sozialdemokraten bestanden ursprünglich darauf, daß der Geschwindigkeit wegen die vorhandene Reichsnotopferveranlagung dafür benutzt werde, aber sie sind selbst etwas unsicher geworden, nachdem sie sich überlegten, wie verhältnismäßig milde und wenig umfassend diese Veranlagung gestaltet ist. Von anderer Seite ist die Vermögenssteuerveranlagung als Grundlage vorgeschlagen, und vielleicht wird eine Verbindung von beiden halb zu halb herauskommen.

Einen kleinen Zwischenfall gab es in dieser Angelegenheit im Steuerausschuß. Ein von der Rechten unterstützter Zentrumsantrag wünschte die landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer zu befreien. Die Linke wollte darin einen Bruch des Steuerkompromisses erblicken, und schon kündigte der Vorwärts an, daß bei der Annahme dieses Antrages die Sozialdemokraten von dem ganzen Kompromiß zurücktreten wollten. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, und so ging diese Krisenwolke ohne Entladung vorüber. Von einer anderen hinderlichen Miniaturkrisis spricht man auch im Hinblick auf den Reichsernährungsminister Dr. Hermes, der seit mehreren Wochen schon den Reichskanzler gebeten hat, über das Finanzministerium, das Herr Hermes nebenbei verwaltet, eine endgültige Entscheidung zu treffen. Leute, die das Gras wachsen hören, wissen ganz genau, daß Herr Hermes damit seinem Parteifreunde Dr. Wirth gerade im kritischen Augenblick Schwierigkeiten bereiten möchte. Aber wenn man bedenkt, daß in so wichtigen Zeiten das wichtigste Ministerium nicht gut „nebenbei" geführt werden kann, erkennt man, daß für solche geheimnisvolle Vermutungen kein Grund vorliegt.

Die Gerüchte über allerlei neue Zwistigkeiten zerfließen diesmal wie Nebel, aber leider ist auch für die Hoffnungen auf baldige Vollendung des wichtigen Steuerwerkes kein fester Anhaltspunkt vorhanden. Es will nicht recht vorwärts, aber die Zeit drängt. Veto.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Um die Sicherung der Brotversorgung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragte ihren Vorstand, beim Reichskanzler Dr. Wirth unverzüglich wegen der beunruhigenden neuen Preissteigerung beim Brotgetreide vorstellig zu werden. Von der Regierung sollen sofort durchgreifende Maßnahmen verlangt und gefordert werden, die Brotversorgung der minderbemittelten Volkskreise zu halbwegs erträglichen Preisen sicherzustellen.

Demokraten und Reichspräsidentenwahl.

In Wesel äußerte sich der demokratische Abg. Erkelenz in einer öffentlichen Versammlung zur Reichspräsidentenwahl dahin, die Wahl werde zur entscheidenden Kraftprobe zwischen Republik und Monarchie werden. Es dürfe nur zwei Kandidaten geben: einen republikanischen und einen monarchistischen. Der republikanische müsse so ausgewählt werden, daß er alle republikanischen Stimmen auf sich vereinen könne. Ob Präsident Ebert, der im Laufe seiner Amtszeit erhebliche moralische Eroberungen gemacht habe, geneigt sei, erneut zu kandidieren, stehe noch nicht fest. — Der demokratische Parteivorstand werde sich in nächster Zeit mit der Frage beschäftigen. — Aus Berlin wird gemeldet, es stehe eine Einigung der Parteien bevor, welche die Wahl für den kommenden Herbst festsetze.

Erhöhung der Gehälter für Beamte usw.

Im Reichsfinanzministerium fand die angekündigte Besprechung mit den Finanzministern der Länder statt. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Grundgehälter der Beamten, insbesondere in den unteren Gruppen, eine angemessene Erhöhung erfahren sollen. Entsprechend werden auch die Bezüge der Angestellten und Arbeiter zu erhöhen sein.

Deutsch-Österreich.

× **Keine Apanage für Exkaiser Karl.** Die Pariser Botschafterkonferenz hat infolge einmütiger Ablehnung der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten die Festsetzung einer Apanage für Karl von Habsburg abgelehnt. Pariser Blätter nehmen sich der finanziellen Lage des Exkaisers an und weisen die Alliierten darauf hin, daß infolge dieser Ablehnung der ehemalige Kaiser und seine Frau in Madeira in der größten Not leben müßten. Sie könnten nicht einmal die Wohnungsmiete aufbringen. Es müsse sofort eine Änderung dieses Zustandes herbeigeführt werden.

Schweiz.

× **Internationale Kriegsbeschädigtenfürsorge.** Auf Anregung der großen internationalen Kriegsbeschädigtenverbände und des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes traten sechs Sachverständige der Kriegsbeschädigtenverbände und vier Sachverständige der deutschen, französischen, englischen und italienischen amtlichen Fürsorgestellen zu einer Konferenz über die Kriegsbeschädigtenorganisationen zusammen. Die Konferenz beschäftigt sich mit der Frage, wie den Kriegsbeschädigten ausreichend zu helfen sei. Man geht von dem Grundsatz aus, daß die erzielten Fortschritte auch den Arbeitsinvaliden zugute kommen sollen.

Deutscher Reichstag.

(179. Sitzung.) CB. Berlin, 3. März.

Die Beantwortung kurzer Anfragen leitete die heutige Sitzung ein. Unter den Anfragen waren mehrere von allgemeiner Bedeutung. Auf eine Frage der Deutschnationalen nach Ersatz für durch den Eisenbahnerstreik verdorbene Waren, Verlust von Vieh usw. wurde von der Regierung erklärt, daß eine allgemeine Entschädigungspflicht nicht anerkannt werden könne. Eine Anfrage der Mehrheitssozialisten bezog sich auf die Not der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger, sowie der erwerbsunfähigen Kleinrentner bei der Brotpreiserhöhung. Hier ließ die Regierung erklären, daß Maßnahmen zur Linderung der Not im Gange seien. Abg. Mumm (Deutschn.) fragte nach der immer noch nicht erfolgten Auszahlung der zu Weihnachten bewilligten 100 Millionen für notleidende Kleinrentner. Die darauf erteilte Antwort lautete dahin, daß die Auszahlung Sache der Länder sei.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF